

Einbringung Haushalt 2023, 26.10.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Jahr ist es unser erklärtes Ziel. Wir wollen in bester Musterschüler-Manier den Städtischen Haushalt für das kommende Jahr vorjährig einbringen und möglichst auch zur Satzung erheben.

Mit dem Finanzzwischenbericht wurden Sie in der vergangenen Sitzungsrunde über die aktuelle Finanzsituation informiert. Dieses Jahr 2022 ist eine sehr gute Grundlage, auf der der Haushalt 2023 bestens aufgebaut werden kann. Damit war in dieser Form nicht zu rechnen. Aufgrund gestiegener Einnahmen im Ergebnishaushalt 2022 kann auf mehr als die Hälfte der geplanten Kreditaufnahmen verzichtet werden. Darüber hinaus leistet das Ergebnis 2022 auch einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des Folgejahres – im Konkreten wird Herr Schuh im Anschluss an meine Einführung darauf eingehen.

Die aktuellen Herausforderungen an Bund, Länder und Gemeinden sind immens. Statt einer Erholung von den Widrigkeiten der pandemischen Lage blickt man fassungslos in den Osten auf einen Krieg in Europa, den man in dieser Form absolut nicht mehr für möglich gehalten hatte. Er führt zu Tod, Zerstörung und Flucht, er stellt unsere Energieversorgung in Frage und droht, die Weltwirtschaft und den Weltfrieden ins Wanken zu bringen.

Während man sich in unserer Stadt, das muss man sich bewusst machen, über verkehrliche Folgen einer Straßenbaumaßnahme von 2 ½ Wochen Dauer unsäglich aufregt, werden in der Ukraine ganze Landstriche in Schutt und Asche gelegt, ein 40-Millionen-Land zusammengebombt, ohne Sinn und Verstand, nur den geostrategischen Machtinteressen von wenigen Leuten folgend, tiefstes Mittelalter.

Sie finden diesen Krieg im Haushaltsentwurf für 2023 an einigen Stellen wieder, sei es in den Energiekosten, der Betreuung, der Unterbringung. Sie werden ihn auch in den Folgejahren finden, durchaus nicht mehr so leicht identifizierbar, aber die Folgen, letztlich die Kosten des Wiederaufbaus, werden wir Europäer zu tragen haben.

Wie bereits in der Einwohnerversammlung ausgeführt bin ich den EinwohnerInnen unserer Stadt aufrichtig dankbar, dass sie uns in einer zentralen Aufgabenstellung so wirkungsvoll unterstützen – der Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine. Ich danke auch den Tageseinrichtungen und den Schulen für die Aufnahme der mitgeflüchteten Kinder. Wir sind froh, dass es möglich war, ukrainische Lehrkräfte zum Beispiel in der Werkrealschule einzusetzen.

Ein Ende dieser Auseinandersetzung ist nicht absehbar, es wird Winter. Immer mehr UkrainerInnen werden sich in ihrer Not auf den Weg in den Westen machen, sich vielleicht auch dazu entschließen, für Ihre Familie eine endgültige neue Heimat zu suchen, das wird uns auch hier in Lauffen vor größere Herausforderungen stellen, als die Erneuerung der Asphaltdecke auf der Bundesstraße 27.

Wenn man sich ernsthaft mit den Zahlendimensionen befasst, die derzeit auf Bundesebene für Preiskonsolidierungen im Strom- und Gassektor diskutiert werden, verniedlichen sich die

hier auf kommunaler Ebene zu stehenden Aufgaben beinahe. Für die institutionelle Kinderbetreuung zum Beispiel, also Tageseinrichtungen wie Krippe, Kindergarten oder Hort, entsteht ein bundesweiter Aufwand von 38 Mrd Euro im Jahr, nur einmal als Vergleich zu dem 200 -Mrd-Rettungsschirm des Bundes. Dennoch ist in diesem Betrag die Hauptlast unseres Haushaltsentwurfs 2023 enthalten, eine Last, die uns erdrückt.

Im Wesentlichen durch die Inbetriebnahme des Kindergartens im Generationenquartier und den Start in die offene Jugendarbeit steigen die Personalausgaben auf beinahe 12 Millionen Euro, nun ist auch noch der Einstieg in den Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz in der Grundschule abzubilden. Der Entwurf sieht die Schaffung der dafür erforderlichen Räume vor, das Personal wäre dann in den Folgejahren zu berücksichtigen.

Im zurückliegenden Jahr ist es den verantwortlichen Mitarbeitern im Rathaus gelungen, nahezu alle Planstellen in der Betreuung zu besetzen, ein Mammutakt. Gleichzeitig wird fortlaufend beklagt, dass sich zu wenige Menschen um die Kinder kümmern, die Bezugsgrößen sollten noch einmal zugunsten eines geringeren Kinderschlüssels je ErzieherIn verringert werden.

Dabei muss man sich nur die Situation in der Bundesrepublik vor Augen führen, um zu erkennen, dass im Ländervergleich eine Schieflage gegeben ist. Um gerade einmal die Hälfte der Krippenkinder oder Kindergartenkinder als der Kollege oder die Kollegin in Mecklenburg-Vorpommern muss sich eine Betreuungskraft in Baden-Württemberg kümmern. Dazu kommen noch konzeptionelle Umstände, die zu einer Verringerung der Gruppengröße führen und natürlich die Hauswirtschaftskräfte, die auf diese Quoten gar nicht angerechnet werden, in vielen Ländern ist das inkludiert.

Ein weniger schönes Beispiel für verantwortliches, nachhaltiges Regieren und Entscheiden ist in diesem Kontext das „Gute Kita Gesetz“ – während sich der Bund hauptsächlich schöne Namen ausdenkt, die Finanzierung der Handlungsfelder aber zeitlich befristet, hat sich das Land Baden-Württemberg in den vergangenen 10 Jahren massiv finanziell engagiert. Gestartet bei einem Volumen von 70 Mio Euro für Personalkostenzuschüsse liegt das Engagement des Landes inzwischen bei deutlich über einer Mrd Euro/Jahr, speziell in der Kleinkindbetreuung. Diese Konstante wäre auch von der Bundeseite wünschenswert, wer bestellt, zahlt.

In diesem Sinne ist der Protest des Gemeindetags Baden-Württemberg gegen die weitere Übertragung von Rechtspflichten auf die Kommunen zu verstehen. Selbstverständlich kann die Bundesinnenministerin Nancy Feeser proklamieren, dass russische Deserteure als Kriegsverweigerer angesehen werden und Asylstatus in Deutschland erhalten sollen, dann muss sie für diese exotische Truppe aber auch Unterkünfte zur Verfügung stellen, sonst landen diese Männer in kommunalen Unterkünften zusammen mit ukrainischen Frauen und Kindern, will man das?

Und natürlich kann der Bund oder das Land den Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz in der Grundschule beschließen, das ist ja eine tolle Sache. Das Ausbilden der erforderlichen Betreuungskräfte, das Einstellen und sich gegenseitig abwerben von ErzieherInnen, den Bau der erforderlichen Räume und die daraus resultierenden, enormen Kosten muss dann aber auch der tragen, der so etwas für die Zeit nach 2026 beschließt.

Energiekrise, Engpässe in der Unterbringung von Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen, steigende Geburtenzahlen und Zugänge auf Tageseinrichtungen und Schulen durch europäische Binnenmigration und die Kinder der Geflüchteten, die Kapazitätsgrenzen sind erreicht. Es kann, und da steht die kommunale Familie geschlossen hinter den Verantwortlichen des Gemeindetags, kein „weiter so“ geben.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf schließt im Ergebnishaushalt positiv ab. Statt wie im Vorjahr einem Minus von 1,7 Mio weist er ein Plus von 457.000 Euro aus, Die Abschreibungen werden erwirtschaftet. Er steht auf der Grundlage eines weiter besser als erwartet abschliessenden Haushaltsjahr 2022. Für Investitionen sind 6,7 Mio Euro eingeplant, für deren Finanzierung ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 2 Mio vorgesehen. Aus heutiger Sicht gehen wir nicht davon aus, dass diese zum Ausgleich erforderlich sein wird. Die Verwaltung sah sich aber in der Verantwortung, der Volatilität der aktuellen politischen Lage gerecht zu werden, und ein sehr konservativ gestricktes Zahlenwerk vorzulegen.

Investitionsschwerpunkt bleibt die Stadtsanierung, dazu der Hort Hölderlinggrundschule, Nachfinanzierungen für den Kindergarten Bismarckstraße und die Bahnhofsauzüge, den Bau der Kanalbrücke sowie Umbauten im Gymnasium und energetische Sanierungen in der Musikschule – der Klimaschutz gebietet es, jedes Jahr relevante Beträge für energieeinsparende Unterhaltungsmaßnahmen und Investitionen bereitzustellen. Auch der Straßenunterhalt soll 2023 nicht zu kurz kommen. Bedauerlich, aber nicht zu ändern, ist, dass für Vollausbauten von Straßen aktuell keine Veranschlagung erfolgte, in den kommenden Jahren sind es die Straßen in der Gestalt der Neckarbrücke und des Rathausstegs, die hohe Summen binden.

Herrn Schuh und Frau Deubler danke ich für die zügige Erarbeitung dieses Entwurf und ich verweise den Haushalt 2023 in die Beratung der Fraktionen und Gremien, schließlich bitte ich um Zustimmung zum Entwurf.